



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Energie-Control Austria									
Posteingangsnr. 9320									
Eingelangt 22. Nov. 2017									
Aktenzahl									
VST	FO	RA	Strom	Tarife	VW	GAS	ÖKO	STR	
Original: FHA					Kopie: Recht Post, MFU, SYKO				
					HSP				

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
wien.arbeiterkammer.at
DVR 0063673
ERREICHBAR MIT DER LINIE D

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65	Fax 501 65	Datum
-	WP-GSt/Th/Ni	Josef Thoman	DW 12263	DW 412263	15.11.2017

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-VO 2018)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des im Betreff genannten Verordnungsentwurfs und die Einladung zur Stellungnahme. Gleichzeitig hält die BAK fest, dass eine Stellungnahmefrist von 13 Werktagen nicht akzeptiert werden kann. In diesem Zusammenhang verweist die BAK auf das entsprechende Rundschreiben des Verfassungsdienstes (GZ BKA-600.614/0002-V/2/2008). Dort wird auf die Notwendigkeit der Festsetzung angemessener Fristen für die Begutachtung hingewiesen. Begutachtungsfristen sind so zu bemessen, dass den zur Begutachtung eingeladenen Stellen eine Frist von wenigstens sechs Wochen zur Verfügung steht. Die BAK nimmt zum vorliegenden Verordnungsentwurf wie folgt Stellung:

- Eine endgültige Beurteilung der SNE-VO 2012, Novelle 2018 ist erst nach weiterführenden Erläuterungen durch die E-Control möglich. Die BAK behält sich daher eine allfällige ergänzende Stellungnahme für den Regulierungsbeirat (§ 19 E-ControlG) vor.
- Die BAK fordert die Regulierungskommission bzw. die E-Control auf, die für die Beurteilung notwendigen Informationen und Erläuterungen in folgenden Bereichen nachzureichen:
 - Ursache für die Kostensteigerung in den meisten Netzgebieten.
 - Beweggründe für die Änderung der Bruttokomponenten und finanzielle Auswirkungen dieser.
 - Begründung für die Höhe der festgesetzten Entgelte bei sonstigen Leistungen.

- In Bezug auf die stark steigenden Engpassmanagementkosten fordert die BAK
 - Angaben über das aktuelle Niveau der Kosten zur Vermeidung von Engpässen und eine nachvollziehbare Berechnungsbasis für die prognostizierten Kosten sowie die entsprechenden Ursachen dafür.
 - die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, wonach nur Kosten im Ausmaß der „wirtschaftlichen Nachteile und Kosten, die durch diese Leistungen verursacht werden“ vom Regelzonenführer erstattet werden dürfen.
 - die zeitliche Aufteilung der Kosten des Engpassmanagements, unter Abwägung der erwarteten Entwicklung der Gesamtnetzkosten, zu erwägen.
- In Bezug auf die nationale Umsetzung der Guideline Electricity Balancing fordert die BAK die E-Control auf, gemeinsam mit den Sozialpartnern einen konkreten Vorschlag für die Umsetzung in das nationale Recht zu erarbeiten.

Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2012, Novelle 2018 im Allgemeinen

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2018 anzuwendenden Entgelte für die Systemnutzung der österreichischen Stromnetze (§ 49 EIWOG 2010). Basis für diese Entgeltbestimmung sind die Kosten- und Mengenermittlungen der Energie-Control Austria (ECA), die durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid festgestellt hätten werden sollen (§ 48 Abs. 1 EIWOG 2010).

Vorab möchte die BAK festhalten, dass die wichtigsten Ziele der Regulierung der Stromnetze in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie liegen. Die Netzregulierung muss somit einen kosteneffizienten Netzbetrieb mit ausreichenden Investitionsanreizen für die Netzbetreiber in Einklang bringen. Darüber hinaus soll die Regulierung darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen Zielen bestmöglich unterstützt wird. Bei der Überwälzung von geprüften Kosten auf nachgelagerte Netzebenen muss aus Sicht der BAK eine faire Lastenverteilung verwirklicht werden.

Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2012, Novelle 2018 im Einzelnen

§ 4 – Bruttokomponente

Die Verrechnung der Bruttokomponente soll laut vorliegendem Verordnungsentwurf „geringfügig“ adaptiert werden. Die BAK kann mangels Information die Beweggründe sowie die geplanten Änderungen und die damit verbundenen Auswirkungen nicht nachvollziehen. Die E-Control wird daher ersucht, diese im Rahmen des Regulierungsbeirates detailliert darzulegen.

§ 5 – Netznutzungsentgelt in Verbindung mit § 6 Z 1 bis 15 sowie Netzverlustentgelte

Mit dem vorliegenden Entwurf für die Festlegung der Netztarife für das Jahr 2018 kommt es in den überwiegenden Netzbereichen, also bei gemeinsamer Betrachtung der Leistungspauschale des Netznutzungsentgeltes sowie des Netzverlustentgeltes zu einer signifikanten Erhöhung der gesamten Stromnetzentgelte. Im österreichweiten Durchschnitt steigen die Kosten für einen Haushalt (Netzebene 7, nicht gemessen) mit 3.500 kWh Jahresverbrauch gegenüber dem Vorjahr im ungewichteten Mittel um 3,6 %. In zehn der 14 Netzgebiete steigen die Gesamtkosten für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Verbrauch um über zwei Prozent. In fünf Netzgebieten steigen die Kosten um mehr als 5 %. Besonders deutlich sind die Kostensteigerungen in Klagenfurt, Oberösterreich (je +10 %) und in Graz (+14 %). Die BAK lehnt die massiven Erhöhungen der Netznutzungsentgelte auf der Netzebene 7 im Netzgebiet Graz aus folgenden Gründen ab. Es findet sich in den begleitenden Erläuterungen des Verordnungsentwurfs keine ausreichende sachliche Begründung für diese Steigerung. Die BAK zweifelt zudem an, dass die Kosten, einschließlich der Engpassmanagementkosten, in einer fairen und kostengerechten Weise verteilt wurden. Als Lösungsansatz zur Vermeidung von massiven Entgelterhöhungen regt die BAK an, eine zeitliche Aufteilung der Kosten des Engpassmanagements zu prüfen. Dabei gilt es abzuwägen, wie sich die Gesamtkosten im Stromnetz mittelfristig entwickeln werden. Diese sind durch die Kostenentwicklung auf Ebene der Verteilnetze (neue Anreizregulierungsperiode ab 2019) und der mittelfristigen Kostenentwicklung im Bereich des Übertragungsnetzes determiniert.

Tabelle 1: Veränderung von Leistungspauschale (LP), Netznutzungsentgelt (NNE) und Netzverlustentgelt (NVE) im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr 2016

(Netzebene 7, nicht gemessene Leistung, 3.500 kWh/Jahr)

Netzbereich	LP	NNE	NVE	Gesamt-Jahreskosten (LP, NNE, NVE) 3.500 kWh/Jahr (Euro/Jahr)	Gesamt-Veränderung zum Vorjahr (in %)
Graz	+0%	+19%	+1%	154	14%
Oberösterreich	+0%	+8%	+21%	207	10%
Klagenfurt	+0%	+13%	-5%	177	10%
Burgenland	+0%	+9%	-9%	199	7%
Steiermark	+0%	+7%	-1%	220	5%
Wien	+0%	+7%	-20%	171	4%
Niederösterreich	+0%	+4%	-27%	198	2%
Kärnten	+0%	+2%	+9%	249	2%
Salzburg	+0%	+3%	-25%	169	2%
Innsbruck	+0%	+3%	+4%	190	2%
Tirol	+0%	-0%	+25%	172	0%
Kleinwalsertal	+0%	+0%	-24%	305	0%

Linz	+0%	-4%	+0%	137	-3%
Vorarlberg	+0%	-6%	-5%	157	-5%

Ursache der Kostensteigerung

Begründet werden diese Entgeltänderungen mit einem „deutlichen Anstieg der erwarteten Kosten zur Vermeidung von Engpässen“. Insgesamt bleiben die Erläuterungen zu den Kostensteigerungen jedoch sehr vage. Weder werden Angaben über das aktuelle Niveau der Kosten zur Vermeidung von Engpässen gemacht, noch wird die Ursache der zu erwartenden Kostensteigerungen genannt.

Die BAK fordert die E-Control bzw. die Regulierungskommission auf, konkrete Angaben über das aktuelle Kostenniveau zu machen und eine nachvollziehbare Berechnungsbasis für die prognostizierten Kosten nachzureichen und die entsprechenden Ursachen dafür zu erläutern. Aus Sicht der BAK ist eine solche Kostentransparenz wesentlich für die Begutachtung und muss daher Teil der erläuternden Bemerkungen sein. Auch sollte zur Vermeidung von massiven Entgelterhöhungen eine zeitliche Aufteilung der Kosten des Engpassmanagements erwogen werden. Die BAK verweist darüber hinaus auf ihre Stellungnahme zum Kostenermittlungsverfahren des Übertragungsnetzbetreibers Austrian Power Grid AG (APG). Dort heißt es: „Aufgrund des kleineren Marktes warnt die BAK vor massiven Mehrkosten, wenn keine geeigneten Gegenmaßnahmen getroffen werden. Einerseits gilt es, den Markt für Engpassleistungen für neue Marktteilnehmer, wie z.B. kleine Kraftwerke, zu öffnen.“ „Andererseits ist durch erhöhte Transparenz (Überprüfung und Offenlegung der detaillierten Kosten) und strenger Marktaufsicht der immanenten Gefahr von Kollusion wirkungsvoll zu begegnen.“

Außerdem weist die BAK in diesem Zusammenhang auch auf die gesetzlichen Bestimmungen gemäß § 23 Abs. 2 Z 5 Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz hin. Dort heißt es: „Sofern für die Vermeidung oder Beseitigung eines Netzengpasses erforderlich, schließen die Regelzonenführer in Abstimmung mit den betroffenen Betreibern von Verteilernetzen im erforderlichen Ausmaß und für den erforderlichen Zeitraum mit den Erzeugern Verträge, wonach diese zu gesicherten Leistungen (...) gegen Ersatz der wirtschaftlichen Nachteile und Kosten, die durch diese Leistungen verursacht werden, verpflichtet sind; (...).“

Die APG als Regelzonenführer kann daher für Engpassleistung nur Kosten im Ausmaß der „wirtschaftlichen Nachteile und Kosten, die durch diese Leistungen verursacht werden“ gewähren. Die E-Control, als Aufsichtsorgan, hat hier strenge Prüfungskriterien anzuwenden und nur solche Kosten anzuerkennen, die sich nachweislich innerhalb des gesetzlichen Rahmen finden.

Aufgrund des massiven Anstiegs der zu erwartenden Engpassmanagementkosten ist aus Sicht der BAK darüber hinaus zu prüfen, ob alle technische Möglichkeiten zur Vermeidung von Engpässen bereits in Erwägung gezogen wurden.

Netzverlustentgelte

In mehreren Netzgebieten kommt es zu erheblichen Erhöhungen der Netzverlustentgelte. So soll das Netzverlustentgelt etwa in Tirol um 25 %, in Oberösterreich um 21 % und Kärnten um 9 % erhöht werden. In den Erläuterungen zum vorliegenden Verordnungsentwurf findet sich jedoch keine Begründung über die Ursachen dieser starken Anpassungen. Die E-Control wird daher ersucht, die Ursachen hierfür im Rahmen des Regulierungsbeirates detailliert darzulegen.

§ 5 Abs. 1 Z 8 – Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke

Die BAK fordert die Regulierungskommission auf, zu überprüfen, ob das seit Jahren in der Höhe unverändert gebliebene Entgelt für Leistung noch der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers entspricht. Während das Netznutzungsentgelt für Leistung im österreichischen Bereich bereits 910 Cent/kW beträgt, wird den Betreibern von Pumpspeicherkraftwerken nur 100 Cent/kW verrechnet. Pumpspeicherkraftwerken kommt aufgrund ihrer Speichermöglichkeiten eine wichtige Rolle bei der Netzstützung zu. Nichtsdestotrotz ist zu überprüfen, ob diese hohen Begünstigungen noch angemessen sind. Die BAK ersucht um eine entsprechende Begründung in den Erläuternden Bemerkungen.

§ 5 Abs. 1 Z 9 – Netznutzungsentgelt für Regelreserve

In den vorangegangenen Jahren wurden günstigere Netznutzungsentgelte für Anbieter von Regelernergie auf den Netzebenen 1 bis 6 eingeführt. Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf wird nun auch der Netzebene 7 eine Teilnahme am Regelreservermarkt ermöglicht. Dies würde von der BAK begrüßt werden.

Gleichzeitig steht die BAK diesen Vergünstigungen insgesamt nach wie vor kritisch gegenüber und fordert eine umfassende Evaluierung dieser Maßnahme und die Veröffentlichung der Ergebnisse.

Weiters weist die BAK darauf hin, dass eine Anpassung der Entgelte für die erbrachte Arbeit (Cent/kWh) an jene für die Entgelte für Pumpspeicherkraftwerke zu erfolgen hat. Dies entspricht auch den Erläuternden Bemerkungen zu SNE-VO 2015. Darin findet sich die Begründung, dass die Anbieter von Regelernergie die gleiche Dienstleistung wie Pumpspeicherkraftwerke zur Erbringung von Regelernergie erbringen, nämlich Energie aus dem Netz entnehmen und daher das Entgelt in der gleichen Höhe zu verrechnen ist. Die BAK ersucht daher um eine entsprechende Erhöhung des Entgeltes von 0,085 Cent/kWh auf 0,233 Cent/kWh.

§ 9 – Systemdienstleistungsentgelt

In den Erläuterungen zum vorliegenden Verordnungsentwurf wird darauf hingewiesen, dass bei der zukünftigen Ausgestaltung des Systemdienstleistungsentgelts auch „die Anforderungen aus der Guideline Electricity Balancing (...), deren Inkrafttreten für Ende 2017 erwartet wird“ erfüllt werden müssen. Die BAK stellt in diesem Zusammenhang fest, dass in

der nationalen Umsetzung der Guideline Electricity Balancing ein erheblicher Gestaltungsspielraum besteht. Um eine bestmögliche Umsetzung sicherzustellen, fordert die BAK die E-Control auf, hier gemeinsam mit den Sozialpartnern einen konkreten Vorschlag für die Umsetzung in das nationale Recht zu erarbeiten.

Es wird erwartet, dass die Kosten für die Beschaffung von Sekundärregelung im kommenden Jahr gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % sinken. Der vorliegende Verordnungsentwurf sieht jedoch eine Reduktion der Systemdienstleistungsentgelte um 50 % vor. Für die BAK ist nicht nachvollziehbar, warum die Entgelte stärker gesenkt werden sollen als die Veränderung der Kostenbasis zulässt. Die BAK ersucht um ausführliche Begründung. Aus verteilungspolitischer Sicht fällt jedenfalls auf, dass die einzige Netzentgeltkomponente, die ausschließlich durch die Erzeuger zu zahlen ist, massiv gesenkt werden soll, während andere Entgelte deutlich erhöht wurden.


§ 11 – Entgelt für sonstige Leistungen

Die BAK begrüßt die, in Abs. 1 vorgenommene Klarstellung, dass in der ersten Mahnung von den KundInnen noch kein Entgelt verrechnet werden darf, unabhängig von der Form der Übermittlung. In diesem Sinne sollte auch eine Klarstellung im Gesetz folgen, dass auch für Abschaltungen oder Wiederherstellungen des Netzzuganges aus der Ferne – insbesondere bei intelligenten Messgeräten – keine Kosten verrechnet werden dürfen. Derzeit steht diese – aus konsumentenpolitischer Sicht sehr positiven Regelung – nur in den Erläuternden Bemerkungen.

Auch die gemäß Abs. 5 vorgeschlagene Einführung von Entgelten für die Dienstleistung des Netzbetreibers in Bezug auf die Verrechnung und Aufteilung von Erzeugungs- und Verbrauchsanteilen der Teilnehmer an gemeinschaftlichen Erzeugungsanlagen, wie z.B. Photovoltaikanlagen, wird begrüßt. Eine Begründung für die Höhe der festgesetzten Entgelte kann den Erläuternden Bemerkungen jedoch nicht entnommen werden. Die BAK ersucht um entsprechende Ergänzung.

Abschließend möchte die BAK noch festhalten, dass die Kostenwälzung über die verschiedenen Netzebenen nur schwer nachvollzogen werden kann. Eine Erläuterung der zugrundeliegenden Verteilungsschlüssel und regulatorische Überlegungen dazu, sollten im Rahmen des Regulierungsbeirates ausführlich und nachvollziehbar dargelegt werden.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen.


Rudi Kaske
Präsident




Maria Kubitschek
i.V. des Direktors